



Deutscher Evangelischer
Krankenhausverband e.V.

Im Verbund der
Diakonie 

Pressemitteilung

Berlin, 20. April 2026

Sparen ohne Spielräume: Krankenhäuser drohen schleichend auszubluten

Anlässlich der Verbändeanhörung zum Gesetzentwurf zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erklärt der Vorstandsvorsitzende des DEKV, Christoph Radbruch: „Wenn Krankenhäuser sparen sollen, müssen sie auch die Möglichkeit haben, ihre Kosten eigenverantwortlich zu beeinflussen. Die Stabilisierung der GKV-Finzen ist notwendig. Entscheidend ist aber, wie sie umgesetzt wird“.

Kritisch bewertet der DEKV zudem das Verfahren rund um den Gesetzentwurf. Die für die Verbände vorgesehene Frist zur Stellungnahme ist angesichts der Tragweite und Komplexität der vorgesehenen Regelungen deutlich zu kurz bemessen. „Ein Gesetzentwurf mit solch weitreichenden Folgen für die Krankenhausversorgung braucht eine sorgfältige Prüfung“, betont Radbruch. „Die aktuell gesetzten Fristen mit nur einem Arbeitstag lassen dafür nicht den notwendigen Raum.“

Erlösbegrenzung trifft auf starre Regulierung

Mit dem Gesetzentwurf wird die Ausgabenentwicklung der Krankenhäuser künftig strikt an die Einnahmen der GKV gekoppelt. Damit verschiebt sich der gesundheitspolitische Fokus deutlich hin zu kurzfristig wirksamen Einsparungen. Gleichzeitig bleiben die Vorgaben für Personal, Struktur und Dokumentation unangetastet.

„Aus Sicht des DEKV entsteht daraus ein unauflösbarer Zielkonflikt. Während die Erlösentwicklung begrenzt wird, steigen die Kosten ungebremst weiter. Das führt zu einem schleichenden Ausbluten der Krankenhäuser“, so Radbruch.

Seit Jahren steigen die Kosten vieler Häuser deutlich stärker als die Erlöse. Als Beispiel: Für ein Krankenhaus mit 300 Betten und einem Jahresbudget von etwa 100 Millionen Euro bedeutet eine Absenkung der Erlöse von einem Prozent rund eine Millionen Euro pro Jahr weniger. Das Problem ist, dass 80 Prozent der Krankenhauskosten nicht beeinflussbar. Dazu zählen Kosten für Personal, Energie und Infrastruktur. Die restlichen 20 Prozent fallen für Arznei-, Operations- und Verbandsmaterial an.

Risiko eines ungesteuerten Strukturwandels

Die Einsparvorgaben treffen den Krankenhaussektor in einer Phase tiefgreifender Transformation. Ohne begleitende Deregulierung bei gesetzlichen Vorgaben droht aus Sicht des DEKV ein unkontrollierter Strukturwandel mit ungeplanten Marktaustritten. Die notwendigen Strukturveränderungen der Krankenhausreform würden nicht mehr politisch gesteuert, sondern durch wirtschaftlichen Druck erzwungen. „Wir sprechen hier nicht über abstrakte Prozentwerte, sondern über jährliche Finanzierungslücken in Millionenhöhe pro Krankenhaus“, so Radbruch.

Seite 1 von 3

Pflege unter Druck

Besonders kritisch bewertet der Verband die geplanten Änderungen am Pflegebudget. Durch die Deckelung und die unzureichende Berücksichtigung von Tarifsteigerungen drohen Budgetverluste. „Wenn Kosten tarifvertraglich jährlich um mehrere Prozent steigen, die Budgets aber gedeckelt werden, wächst die Unterfinanzierung der Pflegepersonalkosten von Jahr zu Jahr“, so Radbruch. Allein im Pflegebereich ergeben sich so Finanzierungslücken in einer Größenordnung von mehreren hunderttausend Euro pro Jahr für ein mittleres Krankenhaus. Dies gefährdet nicht nur die Personalbindung, sondern auch die Weiterentwicklung der Versorgungsqualität.

Ungleiche Wettbewerbsbedingungen verschärfen sich

Hinzu kommt, dass bei zunehmenden wirtschaftlichen Verlusten die Träger kommunaler Krankenhäuser und Universitätskliniken die Defizite häufig durch Steuermittel ausgleichen. Damit entwickelt sich eine dritte Finanzierungssäule auf Kosten der Kommunen neben der Finanzierung durch die Krankenkassen und den Investitionsmitteln der Länder.

„Wenn der Bund durch die geplanten Einsparungen die Betriebskosten weiter begrenzt, steigen die Defizite in den Krankenhäusern. Diese werden vor Ort zunehmend durch kommunale Haushalte ausgeglichen“, so Radbruch. „Damit verlagert sich der finanzielle Druck auf die Kommunen sowie Länder und verändert zugleich die Wettbewerbsbedingungen.“

Freigemeinnützige Krankenhäuser sind von dieser Wettbewerbsverzerrung besonders betroffen. Sie haben in der Regel keinen vergleichbaren Zugang zu kommunalen Ausgleichsmitteln und müssen wirtschaftliche Belastungen unmittelbar selbst tragen. Diese ungleichen Ausgangsbedingungen im Wettbewerb werden durch die vorgesehenen Sparmaßnahmen weiter verstärkt.

Ungerechte Lastenverteilung zulasten der Beitragszahler

Kritisch sieht der DEKV zudem, dass die Gesundheitskosten für Bürgergeldempfänger nach wie vor zu 2/3 aus Beitragsmitteln finanziert werden. „Es ist nicht gerecht, dass allein die Beitragszahler der gesetzlichen Krankenversicherung belastet werden, besonders Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen sind davon betroffen“, betont Radbruch. „Die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben muss auch gesamtgesellschaftlich durch Steuermittel erfolgen.“

Deregulierung als Voraussetzung für Einsparungen

Als Voraussetzung für tragfähige Einsparungen fordert der DEKV eine Deregulierung. Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit der Krankenhäuser in der Transformationsphase zu sichern.

Konkret schlägt der Verband vor:

- Dokumentations- und Nachweispflichten deutlich zu reduzieren
- Personalvorgaben flexibler zu gestalten
- das Pflegebudget wieder stärker in ein flexibles Vergütungssystem zu integrieren
- aufwendige Parallelstrukturen bei Prüf- und Nachweisverfahren abzubauen
- Digitalisierungsvorgaben praxisgerecht zu vereinfachen

Diese Maßnahmen würden unmittelbar Wirkung entfalten und es den Krankenhäusern ermöglichen, Effizienzpotenziale tatsächlich zu heben.

„Sparen braucht Spielräume“

Der DEKV appelliert an die Politik, wirtschaftlichen Druck und regulatorische Steuerung besser aufeinander abzustimmen. „Wer die Ausgaben begrenzt, muss die Gestaltungsräume erweitern“, so Radbruch. „Nur dann bleibt die Transformation steuerbar und die Versorgung der Bevölkerung gesichert.“

Pressekontakt:

Melanie Kanzler | Verbandsdirektorin

E-Mail: kanzler@dekv.de | Tel.: 030 80 19 86-11

Der Deutsche Evangelische Krankenhausverband e.V. (DEKV) vertritt mit 180 evangelischen Kliniken an 255 Standorten jedes neunte deutsche Krankenhaus. Die evangelischen Krankenhäuser versorgen jährlich mehr als 1,7 Mio. Patientinnen und Patienten stationär und mehr als 3,7 Mio. ambulant. Das ist bundesweit jeder 10. vollstationäre Patient. Mit über 127.400 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 12 Mrd. € sind sie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der DEKV ist der Branchenverband der evangelischen Krankenhäuser und Mitglied im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. und im Präsidium der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Der DEKV setzt sich insbesondere für eine zukunftsorientierte und innovative Krankenhauspolitik mit Trägervielfalt und Qualitätswettbewerb, verlässliche Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung, eine Modernisierung der Gesundheitsberufe und eine konsequente Patientenorientierung in der Versorgung ein.

Vorsitzender: Vorsteher Christoph Radbruch, Magdeburg, stellvertr. Vorsitzende: Dr. med. Claudia Fremder, Marburg, Schatzmeister: Dr. Holger Stiller, Düsseldorf, Verbandsdirektorin: Melanie Kanzler, Berlin.